

Das Wochenmagazin der SPÖ

spoe.at



Aktuelle

16. Jänner 2009 • Nr. 2 • 0,73 €

Gastkommentar von Thomas Hofer zu
Barack Obama – Eine neue Ära

A young woman with brown hair tied back, blue eyes, and a bright smile. She is wearing a black blazer over a light blue top and a thin necklace. She is holding a silver laptop. The background is a blurred city street with buildings and trees.

Mehr Jobs für Frauen und Jugendliche

Engagiert gegen
Arbeitslosigkeit – für
eine sichere Zukunft

Unsere Winterklausur in Salzburg hat es deutlich gemacht: Wir steuern 2009 auf harte Zeiten zu. Die Wirtschaft wird noch stärker schrumpfen als im Dezember schon vorhergesagt. Die Sorge um den Arbeitsplatz wird deshalb bald das beherrschende Thema der Menschen in Österreich sein. Auf unserer Klausur haben wir den gemeinsamen Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit auf allen Ebenen zum obersten Ziel der SPÖ erklärt. Und wir haben so rasch reagiert wie kein anderes europäisches Land: mit einem Konjunkturpaket, das mit 8 Mrd. Euro von Bund und Ländern das umfangreichste Europas ist. Darin enthalten sind unter anderem Investitionen in Infrastruktur, AMS-Schulungsmaßnahmen und in Schulen. Das wirkt doppelt: Wir schaffen nicht nur jetzt in harten Zeiten neue Arbeitsplätze sondern gleichzeitig die Basis für bessere Standort- und Berufsaussichten in der Zukunft. Die Ausbildungsgarantie werden wir kompromisslos umsetzen und Kind und Job sollen künftig besser vereinbar sein. Schwerpunkt von „SPÖ Aktuell“ ist die Situation junger Menschen und Frauen am Arbeitsmarkt. Nur gemeinsam können wir die kommenden Herausforderungen bewältigen.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Jugendarbeitsplätze.....	4
Frauenerwerbstätigkeit	5
Maßnahmen der Länder zur Frauen- und Jugendbeschäftigung.....	6
Interview mit Verteidigungsminister Darabos zu Tschad und Lehrlinge	9
Gastkommentar von Thomas Hofer ..	14

SPÖ geht auf die Menschen zu

Eine noch stärkere Öffnung der Partei kündigt Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas an. „Wir gehen mit unseren Funktionärinnen und Funktionären hinaus zu den Menschen“, so Rudas. In Zukunft werden Funktionäre bei Betriebsbesuchen verstärkt Kontakt suchen. Darüber hinaus sollen sie auch für eine Umfrage bundesweit ihre Freunde, Nachbarn, Kollegen und Mitmenschen in ihrer Umgebung zu ihren Sorgen und



SPÖ-Haus in der Wiener Löwelstraße

ihren Erwartungen an die Politik befragen. Bundeskanzler Werner Faymann wird künftig permanent in den Bundesländern unterwegs sein. Ziel ist es, gemeinsam mit den Gemeinden und Ländern gegen den Hauptgegner Arbeitslosigkeit vorzugehen. Auch im Internet soll ein offener Dialog stattfinden, alle Bürgerinnen und Bürger werden die Gelegenheit haben, sich über Diskussionsforen u. ä. einzubringen.

THEMEN DER WOCHE



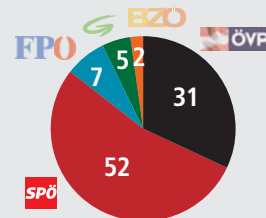
Bürgermeister Heinz Schaden eröffnet den neuen Stadtteil Mitte Lehen im Zentrum Salzburgs.

Alles neu in Mitte Lehen

Die Stadt Salzburg hat ein neues Wahrzeichen: Auf dem Gelände des ehemaligen Austria-Salzburg-Stadions wurde auf einer Fläche von mehr als 16.000 m² ein niegelnelneues Stadtteilzentrum gebaut. „Neue Mitte Lehen“, so heißt das neue Wohn- und Geschäftszentrum, das mit einem großen Fest vor kurzem eröffnet wurde. In nicht einmal zwei Jahren Bauzeit wurden mit Unterstützung von Stadt und Land auch eine moderne Stadtbibliothek und ein neues Seniorenzentrum geschaffen. Und dort, wo früher gekickt wurde, befindet sich heute eine großzügige Parklandschaft, die dazu einlädt, die Seele baumeln zu lassen. Bundeskanzler Werner Faymann, der im Zuge der SPÖ-Präsidiumsklausur in Salzburg weilte, ließ es sich nicht nehmen, in Begleitung von Bürgermeister Heinz Schaden und den Präsidiumsmitgliedern den neu errichteten Stadtteil zu besuchen. Geboten wurde neben einer spektakulären Open-Air-Performance vor allem die Möglichkeit, „ein neues Stück Salzburg zu erleben“, wie Bürgermeister Schaden meinte.

Parteikompetenz in verschiedenen Bereichen

Frage: Welcher politischen Partei trauen Sie am ehesten zu, im Kampf gegen Arbeitslosigkeit erfolgreich zu sein? (in %)



Umfrage: SPÖ hat die besten Rezepte gegen Arbeitslosigkeit

Eine aktuelle IFES-Umfrage zeigt: 43 Prozent der Befragten sehen Arbeitslosigkeit als größte Gefahr, die im Zusammenhang mit der Finanzkrise droht. Und mehr als die Hälfte der Menschen, nämlich 52 Prozent, bescheinigen der SPÖ, dass sie die besten Rezepte im Kampf gegen Arbeitslosigkeit hat.

Zitat der Woche

„Ich werde von der Salzburger SPÖ-Präsidiumsklausur aus keinen Koalitionsstreit entfachen und in Demut die absolute Mehrheit abwarten.“

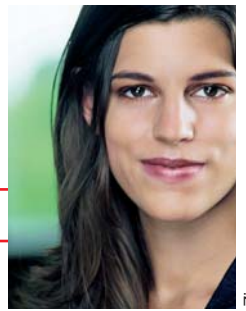
Bundeskanzler Werner Faymann auf die Journalistenfrage, was er umsetzen würde, wenn er die absolute Mehrheit hätte.

SPÖ-Ball: Alles in Rot

Mehr als 3.500 Gäste, ein fetziges Musikprogramm und begeisterte Besucher: Der erste große Politball im neuen Jahr, das von der SPÖ-Kärnten veranstaltete „MorgenROT“, war gleich ein voller Erfolg. Bis in die frühen Morgenstunden wurde in der festlich geschmückten Klagenfurter Messe-Arena ausgelassen getanzt und geplaudert. Die Farbe der Wahl, ob bei der Dekoration oder den Ballkleidern der Damen, war natürlich Rot. Besonders freute sich Gastgeber, Landeshauptmannstellvertreter Reinhart Rohr über seinen Ehrengast, Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, die den unvergesslichen Abend auch kurz und treffend beschrieb: „Ein toller Ball“. Auf dem Tanzparkett wurden u.a. gesichtet: Die Landesräte Nicole Cernic und Peter Kaiser, Nationalrätin Christine Muttonen und die SPÖ-Landesgeschäftsführer Gerald Passegger und Andreas Krassnitzer.



LH-Stv. Reinhart Rohr und SPÖ-Bgf. Laura Rudas



STANDPUNKT

Die Zukunft der Energie ist erneuerbar

Die Frage der Energieversorgung ist von zentraler Bedeutung für die Gestaltung der Gesellschaft. Der jüngste Lieferstopp von Erdgas durch Russland und die damit verbundene Diskussion um eine Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Bohunice haben die Debatte um Abhängigkeiten bei der Energieversorgung erneut entfacht.

Zum jetzigen Zeitpunkt scheint die Diskussion um eine Wiederinbetriebnahme des grenznahen Kernkraftwerks Bohunice vom Tisch. Dennoch müssen die jüngsten Ereignisse Anlass für eine umfassende Diskussion zur Zukunft unserer Energieversorgung sein. In keinem Bereich sind unsere Gesellschaftssysteme so verletztlich, wie im Bereich der umfassenden Energieversorgung. Steigende Energiepreise stellen die Welt vor gewaltige Herausforderungen, denn der Lebensstandard der westlichen Industrieländer basiert auf billiger Energie. Weltweit ist mit einem Rückgang der Konjunktur zu rechnen. In der Bevölkerung steigt die Sorge um die Zukunft und den Wohlstand. Wird die Versorgung mit billiger Energie eingeschränkt, wird jeder Einzelne von den Konsequenzen betroffen sein. Jeder Haushalt und sogar ganze Volkswirtschaften werden davon betroffen sein.

Von diesen Umständen profitiert derzeit die Atomlobby. Zusätzlich durch die Diskussion um den globalen Klimawandel begünstigt, wird weltweit der Versuch unternommen, die Atomenergie als saubere Form der Energiegewinnung zu präsentieren. Vielfach ist bereits von einer Renaissance der Kernkraft die Rede. Weltweit wird die Kernkraft derzeit ausgebaut. China und Indien setzen ganz auf neue Atomkraftwerke. Die USA, Kanada und Frankreich arbeiten fieberhaft an der Entwicklung neuer Reaktortypen und bauen zahlreiche neue Kraftwerke. Selbst in Deutschland, wo sich die rot-grüne Regierung im Jahr 2000 zu einem schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie verpflichtet hat, bereiten CDU und CSU den Ausstieg aus dem Ausstieg vor. Die Union hat bereits jetzt vor, mit diesem Thema in den Wahlkampf zu ziehen.

Auch Österreich kann sich der Frage der zukünftigen Energieversorgung nicht entziehen. Dabei gehen wir allerdings einen anderen Weg. Seit dem NEIN zu Zwettendorf herrscht parteiübergreifender Konsens,

dass Österreich auf Atomenergie verzichtet. Österreich hat sich seitdem zu einer führenden Nation im Bereich erneuerbarer Energie entwickelt. In der Solartechnologie, bei der Photovoltaik und bei Wärmepumpen gehört Österreich zu den internationa-

lisiert gewonnen werden, ist die Förderung alternativer Energieformen der Weg, um die Abhängigkeit von Energieimporten mehr und mehr verringern zu können. Mit einem Anteil von 23 Prozent an erneuerbaren Energieformen an der Gesamtversorgung



Fotolia

Die Exportkurven von Alternativtechnologien „Made in Austria“ zeigen steil nach oben.

len Marktführern. Die Exportkurven von Alternativtechnologien „Made in Austria“ zeigen steil nach oben. Auch die positiven Folgen für den heimischen Arbeitsmarkt sind äußerst erfreulich. Langfristige und kontinuierliche Erfolge können erzielt werden, wenn die öffentliche Hand mit der heimischen Wirtschaft optimal kooperiert. Die Bundesregierung hat die Chancen, die sich für Österreich im Bereich erneuerbarer Energie bieten, erkannt und als Fixbestandteil der heimischen Energiepolitik verankert. Verbunden mit der Energiegewinnung aus Wasserkraft, aus der derzeit rund sechzig Prozent der in Österreich erzeugten Elektri-

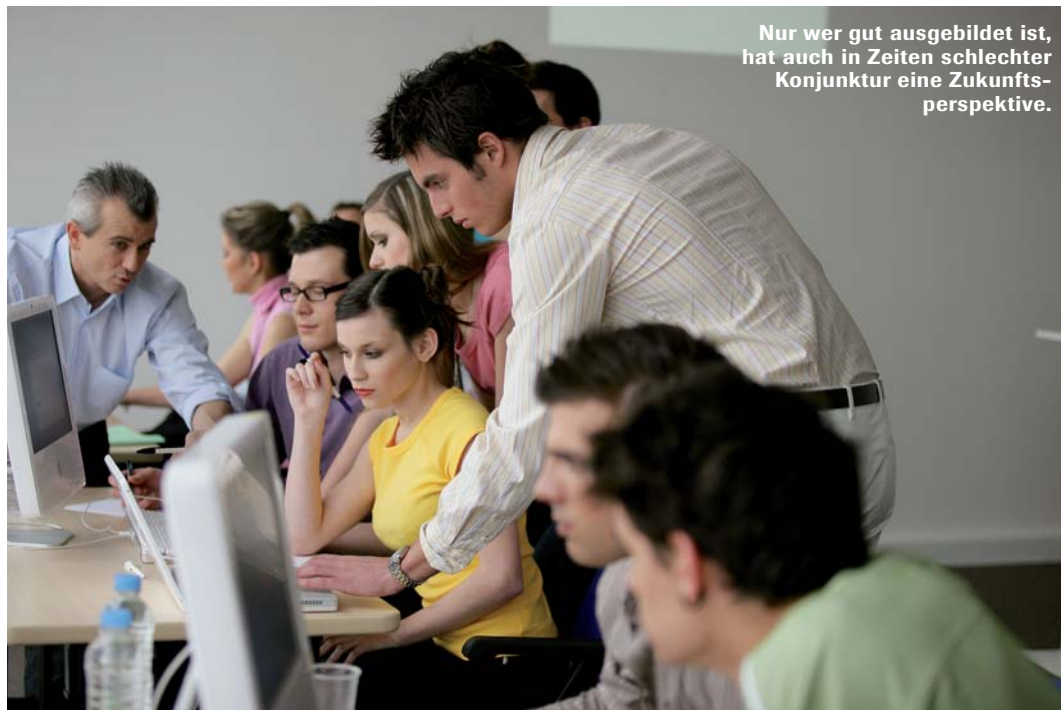
liegt Österreich bereits heute an der europäischen Spitze.

Klar ist aber auch, dass wir es uns nicht leisten können, uns damit zufrieden zu geben. Der von Bundeskanzler Werner Faymann gestartete Masterplan „Erneuerbare Energie“ wird erheblich dazu beitragen, dass die österreichische Erfolgsgeschichte weitergeschrieben wird. Mindestens 34 Prozent soll der Anteil an alternativen Energien in Zukunft betragen. Ein ambitioniertes Ziel, aber nur wenn wir uns die Latte hoch legen, werden wir dauerhaft eine möglichst unabhängige Energieversorgung für die Zukunft erreichen. ♦

JUGENDARBEITSMARKT

Die Zukunft unseres Landes sichern

Durch die Wirtschaftskrise wackeln zahlreiche Ausbildungsplätze, die Regierung antwortet mit einer Ausbildungsgarantie.



Nur wer gut ausgebildet ist, hat auch in Zeiten schlechter Konjunktur eine Zukunftsperspektive.

Fotolia

zeichnen musste (die Zahl der Lehrstellensuchenden stieg im Dezember im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent an), weist Sozialminister Hundstorfer darauf hin, dass Österreich im internationalen Vergleich gut da stehe. Im Oktober hatte man mit 5,4 Prozent Jugendarbeitslosigkeit die niedrigste Quote in der EU. Grund dafür ist die Ausbildungsgarantie der letzten Regierung. Jetzt gilt es, durch gezielte Maßnahmen dieses hohe Niveau zu halten – und diese betreffen in erster Linie die Verbesserung der Lehrlingsausbildung bzw. die Vorbereitung darauf. So soll es in Zukunft für Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Lehrplans eine Berufsorientierung geben. Dies zielt vor allem darauf ab, geschlechterspezifische

Die Jugend braucht Perspektiven“, wird Bildungsministerin Claudia Schmied nicht müde, immer wieder zu betonen. Sozial- und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer stimmt mit ihr überein: „Qualifikation und hohe Qualität ist ein Garant dafür, dass Arbeitslosigkeit verhindert wird.“ Denn für die Sozialdemokratie gilt, Perspektiven durch Ausbildung zu eröffnen und dadurch vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Doch die Welle der internationalen Wirtschaftskrise reißt die Ausbildungsplätze für Jugendliche in Betrieben mit sich und lässt die Jugendarbeitslosigkeit ansteigen. Für Hundstorfer zwar ein schmerzlicher Umstand, aber er versichert: „Wir werden alles unternehmen, damit 2009 alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz wollen, auch einen bekommen“, denn es sei wichtig, die Kids damit weg von der Straße zu bekommen. Dazu gibt Hundstorfer zu bedenken, dass 48 Prozent der Arbeitslosen nur einen Pflichtschulabschluss und keine fundierte Ausbildung haben. „Ein wesentliches Motiv, um Strategien zu schaffen, aus diesem Teufelskreis heraus zu kommen.“

Dass nicht alle Lehrlinge in einem Betrieb unterkommen werden, um eine fundierte Ausbildung zu erhalten, ist dem

Bundesminister angesichts der schwachen Konjunktur bewusst. „Daher wird unser Bestreben sein, diejenigen Lehrlinge, die nicht auf betrieblicher Ebene unterkommen, in überbetrieblichen Lehrwerkstätten unterzubringen.“

Banken sollen Lehrlingsausbildung aufrechterhalten

Zustimmung erhält Hundstorfer von der Gewerkschaftsjugend, die ebenso für eine Aufstockung der Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Lehrwerkstätten plädiert. ÖGJ-Vorsitzender Jürgen Michlmayr möchte jedoch auch die Unternehmen nicht aus der Verantwortung lassen. „Banken und andere Unternehmen, die zu ihrer Rettung Millionen- bis Milliardenbeträge an Sonderförderungen und Ausfallhaftungen bekommen, sollten ihre Lehrlingsausbildung in vollem Umfang aufrecht erhalten“, regt er an.

Österreichs Jugendarbeitslosenquote niedrigste in der EU

Obwohl man bereits im Dezember einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit ver-

Stereotype aufzubrechen und Mädchen auch atypische Berufe schmackhaft zu machen. Um die Lehrlinge besser abzusichern, möchte die Regierung eine Interessenvertretung in den Ausbildungsbetrieben gesetzlich verankern.

Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit:

- » Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Lehrlingsausbildungssystem und dem schulischen/universitären Bildungssystem (Stichwort Berufsmatura);
- » Anrechnung von Schulzeiten auf die Lehrausbildung und umgekehrt;
- » Wahlfreiheit der Berufsschulen mit Kostenausgleich zwischen den Ländern;
- » Internationaler Austausch im Bereich der Berufsausbildung;
- » Gesetzliche Verankerung einer Interessenvertretung in den Ausbildungsbetrieben, vergleichbar dem Jugendvertrauensrat in Betrieben in Abstimmung mit den Sozialpartnern;
- » Freifahrt für Lehrlinge, zumindest für die gesamte Zeit des Berufsschulbesuchs.

ARBEITSMARKT

Frauen unter Druck

Das zu erwartende Ansteigen der Arbeitslosigkeit erfordert spezielle Maßnahmen für Frauen. Die Regierung stellt 75 Mio. Euro AMS-Mittel zur Verfügung und setzt auf Qualifizierung und bessere Vereinbarkeit von Kind und Job.

Wenn es einem Unternehmen wirtschaftlich schlecht geht, wird zuerst auf die MitarbeiterInnen, die nicht ihre ganze Arbeitskraft zur Verfügung stellen können, verzichtet. Es sind die Frauen, zumeist Mütter mit Kinderbetreuungspflichten, die Teilzeit und geringfügig beschäftigt sind, die im Falle einer wirtschaftlichen Krise unter die Räder kommen. Vor allem dann, wenn der Arbeitsmarkt ohnehin mit Fachkräften aus dem gelernten Bereich überquillt. Und auch da sind wieder in erster Linie Frauen betroffen: 60 Prozent der Mädchen wählen lediglich aus fünf Lehrberufen. Das Problem Teilzeit betont auch WU-Ökonomin Gabriele Michalitsch: Es brauche „strukturelle Maßnahmen, die die atypische Beschäftigung, die für die Frauen große Probleme gebracht hat, betreffen“. In Kombination mit der „Zuweisung von unbezahlter Arbeit im privaten Bereich“ ergebe das zwei zentrale Mechanismen, die „für unverändert massive Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern verantwortlich sind“. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will daher auf bessere Qualifizierung und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie setzen.

Um mehr Sicherheit für Frauen am Arbeitsmarkt zu erreichen und Einkommen, von denen man leben kann, wurde von der Regierung festgelegt, dass die Hälfte der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik Frauen zugute kommen sollen. Ziel dabei ist, dass die Frauen durch Qualifizierungsmaßnahmen gar nicht erst aus dem Ar-

Fotolia



Der Traumberuf kann für viele Frauen allzu schnell zur Arbeitsmarkt-Falle werden.

beitsmarkt hinausfallen, oder zumindest rasch wieder in diesen integriert werden können.

Zusätzlich werden jährlich 75 Mio. Euro für Beschäftigungsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt Frauen als Teil des Konjunkturprogramms zur Verfügung gestellt. Und als erster Schritt startet eine regionale Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte, von der 3.000 Frauen profitieren werden. In die selbe Richtung wirkt, dass das Programm „FiT - Frauen in die Technik“ weitergeführt wird, mit dem über 2.000 Frauen für technische Berufe qualifiziert

werden. Im Rahmen der SPÖ-Präsidiums-klausur in Salzburg sprach sich die Frauenministerin auch dafür aus, dem Wiener Beispiel zu folgen und Arbeitsstiftungen ähnlich dem Wiener WAFF in allen Bundesländern zu installieren.

Väterkarenz fördern

Die zweite Schiene, die die Frauenministerin forciert fahren möchte, ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein wesentlicher Meilenstein, der derzeit in den Ländern umgesetzt wird, ist bereits mit der Kindergartenoffensive und den 15a-Vereinbarungen mit den Ländern gesetzt worden. 6.000 neue Betreuungsplätze werden damit jährlich geschaffen. Weitere Schritte sind nun das einkommensabhängige Kindergeld und die Einführung des Papamonats, um durch beide Maßnahmen „Anreize zu geben, damit mehr Väter Betreuungszeit mit ihrem Kind verbringen“, betont die Frauenministerin. Und selbstverständlich wird auch das verpflichtende Gratiskindergartenjahr dazu beitragen, dass die Betreuungssituation für viele Frauen verbessert wird. ♦

ZAHLEN, DATEN & FAKTEN

Schlechte Jobchancen – geringe Einkommen

- ▶ 59,3 Prozent der Mädchen wählen einen der 5 häufigsten Lehrberufe (Verkäuferin, Friseurin, Bürokauffrau, Kellnerin, Köchin).
- ▶ 39 Prozent aller erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit.
- ▶ Die Einkommensschere beträgt bei Bruttojahreseinkommen über 40 Prozent. Geht man nur von den Vollzeitarbeitskräften (ganzjährig) aus, 22 Prozent.
- ▶ 43 Prozent der Vollzeit beschäftigten Frauen verdienen weniger als 1.070 Euro netto/Monat.

KAMPF GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

Nur gemeinsam

Schlechtere Infrastruktur, fehlende Ausbildungsplätze - im ländlichen Raum stoßen beschäftigungslose Frauen und Jugendliche auf besondere Probleme.

Fehlende Verkehrsverbindungen oder ein eingeschränktes Aus- und Fortbildungsangebot in Wohnortnähe sind nur einige Schwierigkeiten, auf die Frauen und Jugendliche in ländlichen Gebieten stoßen. Deshalb sind Maßnahmen gefragt, die diese spezifischen Probleme beheben. Auf Bundesebene setzt Infrastrukturministerin Doris Bures daher auf

Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Dies kommt insbesondere Frauen zu Gute, denn – wie Studien zeigen – Frauen nehmen öffentliche Verkehrsmittel öfter in Anspruch als Männer. Auch Jugendliche profitieren davon, denn oftmals sind sie noch nicht im Besitz eines Führerscheins oder verfügen nicht über die Mittel, sich ein eigenes Auto zu kaufen. So wird es auch für

sie leichter, weiter entfernte Ausbildungs- oder Arbeitsstätten zu erreichen. Die Erhöhung der Mobilität ist somit ein wichtiger Bestandteil des Konjunkturpakets.

Bundesländer-Initiativen von zentraler Bedeutung

Viele Probleme des ländlichen Raums

SALZBURG

Die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit



Eine Menge Geld wird seitens des Landes Salzburg zur Konjunkturbelebung und Arbeitsplatzsicherung ausgegeben. So investiert Salzburg 450 Millionen Euro in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und flankiert diese Maßnahmen durch große Investitionen in den Arbeitsmarkt (z.B. für bessere Qualifizierung). Gemessen an der Einwohnerzahl ist Salzburgs Konjunkturpaket, das die Konjunkturpakete der Bundesregierung ergänzt, sehr bedeutend, so Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. Eine Maßnahme, die besonders für Frauen sehr hilfreich ist und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert, ist die bis 2014 geplante schrittweise Einführung des Gratiskindergartens. 2009 treten die ersten beiden Etappen in Kraft. Mit einer Bildungsoffensive für Salzburg für die kommenden fünf Jahre soll zudem jungen Leuten das notwendige Rüstzeug für den Arbeitsmarkt gegeben werden. Drei Schwerpunkte werden gesetzt: Mehr Geld für den Schulbau (51 Millionen Euro pro Jahr), die Ausbildung von mehr Technikern und Naturwissenschaftlern sowie eine Stärkung der Salzburger Hauptschulen. „Denn eine fundierte Ausbildung ist immer noch die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit“, so Gabi Burgstaller. ♦

LH Gabi Burgstaller setzt auf bessere Vereinbarkeit durch Gratis-Kinderbetreuung.



SPÖ Salzburg

WIEN

Millionen für die Jugend



Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat in Wien oberste Priorität, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit wird offensiv bekämpft, auch im Rahmen des Konjunkturpakets, für das von Seiten der Stadt 750 Millionen investiert werden.

So werden im „Wiener Jugendpaket“ 11,4 Millionen Euro für die überbetriebliche Lehrausbildung von 3.500 Jugendlichen und weitere zwei Millionen Euro aus den Mitteln des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) für Berufseinstiegs- und Beratungsprogramme zur Verfügung gestellt. Ebenso wird mittels maßgeschneiderter Programmen des waff alles daran gesetzt, um die Frauenarbeitslosigkeit gering zu halten.

So gibt das Programm „Amandas Matz“ Frauen von 15 bis 25 Jahren Beratung bei der Berufswahl, dem Einstieg ins Berufsleben und in Fragen der Weiterbildung. Das Angebot „Mädchen entscheiden“ begleitet junge Frauen auf dem Weg in technische und andere zukunftsorientierte Berufe, um deren Karrierechancen zu erhöhen. Für Wiedereinsteigerinnen bietet der waff mit dem Programm NOVA schon Unterstützung vor der Geburt des Kindes sowie Förderung bei beruflicher Weiterbildung bis zu 2.700 Euro. ♦



Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit steht an erster Stelle (Frauenstadträtin Sandra Frauenberger mit Lehrlingen der Stadt Wien).

Stadt Wien

ist man stark

können jedoch nicht auf Bundesebene gelöst werden, deshalb müssen hier die Länder aktiv werden. Ein Beispiel dafür ist die Kinderbetreuung, die Ländersache ist. Über geeignete Öffnungszeiten, die Gestaltung der Gebühren und Ganztagesformen muss auf kommunaler und lokaler Ebene entschieden werden. Besonders die SPÖ-geführten Bundesländer sind hier bereit, für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sorgen. Der Gratiskindergarten in der Steiermark oder ein umfassendes Kinderbetreuungsangebot in Wien sind nur einige Beispiele, wie El-

tern – hier insbesondere den Müttern – das Leben erleichtert wird.

Auch für Jugendliche braucht es regionale Projekte, um ihnen den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern. Sei es die Forcierung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten, bei denen die Länder ein Viertel der Kosten übernehmen, oder Maßnahmen, um Jugendliche bei der richtigen Berufswahl zu unterstützen. Die Rolle der Bundesländer ist also eine entscheidende, wenn es darum geht, Verbesserungen für Frauen und Jugendliche am Arbeitsmarkt zu erreichen. ♦

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Nicht nur die Bundesregierung kämpft mit ganzer Kraft gegen die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bundesländer sind aktiv. Zusätzlich zu dem 5,6 Mrd. Euro schweren Konjunkturpaket des Bundes werden die SPÖ-geführten Länder 1,5 Mrd. in die Hand nehmen, 370 Millionen davon trägt im Rahmen von Finanzierungsbeiträgen der Bund.

Salzburg:	 450 Mio. Euro
Wien:	 750 Mio. Euro
Steiermark:	 500 Mio. Euro
Burgenland:	 170 Mio. Euro

BURGENLAND

Jeder Arbeitsplatz zählt



Die hohen Arbeitslosenquoten bei Frauen und Jugendlichen wird das Burgenland keinesfalls hinnehmen. Vielmehr will man den beiden betroffenen Gruppen mit gezielten Maßnahmen helfen. Bei den Frauen setzt man auf Projekte zum Abbau von Mobilitäts- und Integrationsbarrieren. Ergänzt wird das dadurch, dass die Kompetenzfeststellung und das Förderassessment gestärkt werden. Das dient dazu, die informellen Kompetenzen von Frauen festzustellen und durch Zertifikate sichtbar zu machen. Und innovative Kinderbetreuungsprojekte erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Doch nicht nur für Frauen im erwerbsfähigen Alter setzt das Burgenland Initiativen, sondern auch die Bewusstseinsbildung bei jungen Mädchen bezüglich ihrer Berufswahl steht im Fokus.

Dem Burgenland ist es gelungen, für die Jugendlichen 419 Ausbildungsplätze in Kursen, die das erste Lehrjahr ersetzen, und elf überbetriebliche Lehrwerkstätten zu schaffen. Ein weiterer Meilenstein ist die Lehre mit Matura, die am 30. Jänner im Burgenland startet. Das Interesse ist groß. 90 Jugendliche, das sind 10 Prozent der Lehnanfänger, haben sich bereits angemeldet. ♦

LH Hans Niessl stellt großes Interesse junger Menschen an Lehre mit Matura fest.



SPÖ Burgenland

STEIERMARK

Mit Volldampf für mehr Beschäftigung



Rund 500 Millionen Euro nimmt das Land Steiermark zusätzlich zur Belebung der Konjunktur und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in die Hand. Viel Geld investiert die Steiermark auch weiterhin in die Bekämpfung der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit. Im Jahr 2008 standen für Frauenbeschäftigungsprojekte rund 700.000 Euro zur Verfügung – alle Projekte laufen auch heuer weiter. Im Bereich der Jugendbeschäftigung waren im vergangenen Jahr über vier Millionen Euro für diverse Initiativen budgetiert. Ein Beispiel ist das österreichweit einzigartige Projekt „JuPro“. Zielgruppe sind arbeitslose bzw. arbeitssuchende Jugendliche im Alter von 15 – 25 Jahren mit den unterschiedlichsten persönlichen und fachlichen Voraussetzungen und mit verschiedensten sozialen Hintergründen. Mit diesem Programm will das Land Steiermark jungen Menschen aus der Region Murau den Einstieg ins Berufsleben erleichtern. Geschnürt wurde letztes Jahr auch ein Paket für steirische Langzeitarbeitslose in der Höhe von 4,1 Millionen Euro. Damit sollen Personen erreicht werden, die lange arbeitslos waren und nicht mehr sofort in einen Teil- oder Vollzeitjob einsteigen können. „Ziel ist es, die Menschen zu integrieren und nicht abzuspeisen“, so Soziallandesrat Kurt Flecker. ♦

Für LH Franz Voves wird die Ausbildung der Jugend groß geschrieben (mit Lehrlingen in der Grazer Burg).



SPÖ Steiermark

ENERGIE

Ausweg Alternativenenergie

Die aktuelle Versorgungskrise mit Erdgas zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und sich von fossilen Energieträgern zu emanzipieren.



Aufwind für erneuerbare Energieträger

Fotolia

Europa muss seine einseitige Abhängigkeit von Energieimporten reduzieren und sich Zugang zu möglichst vielen Energiemärkten offen halten. Dafür ist einerseits die Erschließung neuer Transportoptionen im Rahmen der transeuropäischen Netze erforderlich. Andererseits gilt es, verstärkt erneuerbare Energiequellen zu nutzen. Bundeskanzler Werner Faymann setzt sich deshalb ganz besonders für eine verstärkte Förderung von erneuerbarer Energie, Klima und Energieeffizienz, Klimaschutz im Gebäudebereich und klimafreundliche Mobilität ein. Die Bundesregierung unter Federführung der SPÖ will aber auch das vorhandene Wasserkraft-Potential noch stärker nutzen und Österreich als „Wasserkraftland“ positionieren. Deshalb soll der Masterplan Wasserkraft unter Berücksichtigung von schützenswerten Gebieten rasch umgesetzt werden. Die Sektoren mit den größten Potentialen zur

Verbesserung der Energieeffizienz sind die Bereiche Gebäude und Mobilität. Zur optimalen Umsetzung in allen relevanten Bereichen erstellt die österreichische Bundesregierung einen „Masterplan-Energieeffizienz“ mit konkreten Maßnahmenvorschlägen in den wichtigsten Bereichen.

„Derzeit haben wir in Österreich 23 Prozent erneuerbaren Energieanteil am Gesamtenergieaufkommen erreicht. Bis 2020 wollen wir die Marke von 34 Prozent erreichen. Dabei handelt es sich zweifellos um ein ambitioniertes Ziel. Jetzt ist der richtige Moment gekommen, dieses Ziel durch Ärmelaufkrepeln zu erreichen. Es ist notwendig, die ganze Bandbreite an erneuerbaren Energieträgern und Energieeffizienz von Wasserkraft über Solarenergie bis hin zur thermischen Sanierung, aber auch verstärkt die Forschung in diesem Bereich zu nutzen und zügig voranzutreiben“, so Bundeskanzler Werner Faymann. ♦

KONSUMENTENSCHUTZ

Europa gestalten – Mehr Rechte beim Einkauf

Die EU-Kommission rüstet sich gegen Preisabsprachen und Kartelle – der Konsument profitiert.

Erfreulicherweise steigt die Zustimmung zur EU wieder. Dennoch ist es dringend notwendig, dass die Interessen der Menschen verstärkt Eingang in die Gesetzgebung der EU finden. Die EU rüstet sich nun gegen Preisabsprachen großer Firmen und Konzerne. Ziel ist die verstärkte Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen bei Verstößen gegen das Kartellrecht. Konkret profitieren werden die BürgerInnen beim Einkauf. „Wenn sich z.B. jemand einen neuen Fernseher kaufen will, dann geht das ins Geld. Als einzelner Käufer war man bisher gegen hohe Preise durch Preisabsprachen der Anbieter machtlos. Nun wird es möglich, dass bei zu hohen Preisen die Interessen des Käufers auch vor Gericht durchgesetzt werden können. Gerade bei technischen Geräten macht das oft eine hübsche

Summe aus“, erklärt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Zwar war der Anspruch von Schadenersatz schon bisher im EU-Recht verankert, in der Praxis erhalten Geschädigte allerdings nur selten Ersatz für ihren erlittenen Schaden.

Auch kleine Unternehmen waren bisher chancenlos, wenn große Ketten Vereinbarungen zur Preisgestaltung getroffen haben. „Der Verbraucher und kleine Unternehmen haben nun die Gelegenheit, von sich aus aktiv zu werden und gebündelt Schadenersatzklagen einzubringen. Man muss nicht mehr warten, bis eine Behörde von selbst aktiv wird“, skizziert



Günther
Kräuter

Wenn man die Möglichkeit hat, rechtlich gegen ungerechtfertigte hohe Preise vorzugehen, dann bleibt dem Einzelnen im Endeffekt mehr Geld.

Zimmer

Kräuter die Vorteile der neuen Regelung. „Der Geschädigte kommt nun schneller und einfacher zu seinem Recht. Der Wettbewerb wird freier und fairer, da der Einzelne selbst den Wettbewerb überprüfen kann“, bringt Kräuter die Vorteile auf den Punkt. Eine Kontrolle die sich in barer Münze auswirkt, da mehr Kontrolle billigere Produkte bringt.

Bei den Regierungsverhandlungen wurde diese Wende in der EU-Politik

gleich mit berücksichtigt. So sieht auch das Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP zukünftig Gruppenklagen von Betroffenen vor. ♦

INTERVIEW

Bundesheer schützt, hilft und bildet aus

Verteidigungs- und designierter Sportminister Norbert Darabos über das Bundesheer als Ausbilder von insgesamt 230 Lehrlingen, über die einst umstrittene und heute erfolgreiche Tschad-Mission und über die Notwendigkeit von härteren Strafen im Kampf gegen Doping.

SPÖ Aktuell: Derzeit sind 160 Bundesheer-soldatInnen im Tschad stationiert. Über eine Verlängerung des Einsatzes wird derzeit diskutiert, wie stehen Sie als Verteidigungsminister dazu?

Norbert Darabos: Ich bin mit dem Außenminister in Gesprächen über eine etwaige Verlängerung unserer Mission. Sobald die UNO-Resolution vorliegt, werden wir gemeinsam eine Entscheidung treffen. Es ist kein Geheimnis, dass ich von Anfang an zu 100 Prozent zu dieser humanitären Mission zum Schutz von einer halben Million Flüchtlingen gestanden bin und nach wie vor dazu stehe.

Im Tschad hat sich eine humanitäre Katastrophe abgespielt. Inwieweit haben die österreichischen SoldatInnen dazu beigetragen, das menschliche Leid zu lindern?

Norbert Darabos: Die EUFOR-Mission im Tschad verläuft erfolgreich. Unsere Soldaten leisten ausgezeichnete Arbeit, davon konnte ich mich erst wieder vor kurzem bei einem Weihnachtsbesuch direkt vor Ort überzeugen. Die Militärpräsenz hat die humanitäre Lage im Tschad stabilisiert und dazu geführt, dass NGOs sicherer arbeiten können. Es konnten Flüchtlinge vor Banditen und Kriminellen geschützt werden, es wurden bisher 300 Sprengfallen

und Minen entschärft – und vor allem sind 40.000 Binnenvertriebene in ihre Dörfer zurückgekehrt. Diese Bilanz kann sich sehen lassen.

Viel zu wenig bekannt ist, dass das Bundesheer Lehrlinge ausbildet. Wie viele Lehrlinge werden derzeit ausgebildet und welche Berufe können die Jugendlichen erlernen?

möglichen. Die 30 angebotenen Lehrberufe spannen einen breiten Bogen vom Chemielaboranten, KFZ-Mechaniker und Koch bis hin zu Kommunikationstechnikern, Lagerlogistikern und Restaurantfachkräften.

Das Bundesheer war lange Zeit eine Männerbastion. Jetzt drängen immer mehr Frauen zum Heer. Wie sind die Aufstiegschancen von Frauen beim Bundesheer?

Bundesheer

Norbert Darabos: Was von vielen anfangs noch belächelt wurde, entwickelte sich zur Normalität. Die Soldatinnen des Bundesheeres sind heute ein unverzichtbarer und wichtiger Bestandteil der österreichischen Streitkräfte. Mein erklärtes Ziel ist es, den Anteil der Soldatinnen beim Heer in den nächsten Jahren noch weiter auszubauen. Eine Botschaft ist mir wichtig: Frauen können beim Bundesheer alles erreichen.

Neu sind in ihrem Ressort die Sportagenten. In den letzten Monaten haben einige SportlerInnen durch Doping negative Schlagzeilen gemacht. Welche Maßnahmen sind zielführend, um Doping in Zukunft zu verhindern?

Norbert Darabos: Das derzeit geltende Gesetz war ein guter erster Schritt, aber die Causa Bernhard Kohl hat gezeigt, dass ein noch strengeres Anti-Doping-Gesetz notwendig ist. Es geht darum, an die Hintermänner und an die kriminellen Strukturen im Hintergrund heranzukommen. Das Image Österreichs ist international beschädigt. Unsere Sportler sind auch Vorbilder für Kinder und Jugendliche. Wir müssen daher härtere Maßnahmen setzen. Eine strafrechtliche Bedrohung für gedopte Sportler oder lebenslange Sperren könnten solche Maßnahmen sein. ♦



Das Bundesheer bildet 230 junge Menschen in 30 Berufen aus. Allein 2009 werden 62 Lehrlinge zusätzlich aufgenommen.



Norbert Darabos

„Damit nimmt das Bundesheer die Verantwortung wahr, insbesondere auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten jungen Menschen eine hervorragende Ausbildung zu ermöglichen.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

KÄRNTEN

„5 Punkte und jede Menge PS für Kärnten“



Unter dem Motto „Volles Rohr für Kärnten“ startete die SPÖ Kärnten ihren Wahlkampf – das Thema Arbeit und Ausbildung steht im Vordergrund.

Kärntens SPÖ-Spitzenkandidat Reinhart Rohr machte gleich zu Beginn des Intensivwahlkampfes klar: „Was wir an Geld nicht zur Verfügung haben, werden wir durch Einsatz wettmachen. Und wir sind in der Lage, jede Menge PS auf die Straße zu bringen – nämlich Parteienstärke“. Im Gegensatz zum politischen Mitbewerber BZÖ wird sich die SPÖ auch nicht mit der Vergangenheit beschäftigen. Denn der SPÖ geht es um „die Zukunft und die Menschen“. Mit ihrem 5-Punkte-Programm greift die SPÖ die wahren Probleme der Menschen auf und gibt unter dem Slogan „Was Kärnten jetzt braucht“ Antworten darauf.

Volles Rohr für Kärnten

Bekräftigt wurde von Reinhart Rohr auch nochmals das Ziel, bei den Landtagswahlen Erster zu werden: „Wir sind alle hoch motiviert und bereit, voll durchzustarten. Denn jetzt gilt nur noch eines: Volles Rohr für Kärnten!“ Und Rohr hat



Mit Reinhart Rohr ist Kärnten in besten Händen – der Kärntner SPÖ-Spitzenkandidat beim Wahlkampfauftritt.

auch klargestellt: „Was Kärnten jetzt braucht, ist nicht eine Politik, die alles anders, sondern die vieles besser macht.“ Und auch eine Premiere gab es bei der Wahlkampföffnung: Erstmals wurde der Wahlkampf-Auftakt live im Internet übertragen. Zum nachträglichen Ansehen: www.spoe-kaernten.gm1.tv ♦

5 PUNKTE FÜR KÄRNTEN

1. Arbeit vor Ort, von der die Menschen leben können.
2. Beste Ausbildung und Jobs für die Jugend.
3. Sozial gerechtes, leistbares tägliches Leben und Wohnen.
4. Gesicherte Pensionen und sorgenfreies Altern.
5. Hochwertige Gesundheitsversorgung für alle.

SALZBURG

„Salzburg schaut nach vorn“



Rund sechs Wochen vor der Landtagswahl in Salzburg läuft es für die SPÖ sehr gut: Umfragen bescheinigen Gabi Burgstaller Traumwerte und die meisten politischen Zusagen sind bereits voll in Umsetzung.



Eine neue Umfrage bescheinigt der Salzburger SPÖ und Gabi Burgstaller Spitzenumfragewerte.

Mit einem fulminanten Event startete die SPÖ-Salzburg am Mittwochabend ihren Intensivwahlkampf, der bei Redaktionsschluss noch im Gange war („SPÖ Aktuell“ wird nächste Woche mehr darüber berichten). Soviel aber steht fest: Im Vordergrund steht die Devise: „Jeder Ar-

beitsplatz zählt“. Die SPÖ-Salzburg geht mit acht Zusagen in den Wahlkampf – und bei allen acht ist man bereits weit in der Umsetzungsphase. Das gilt nicht nur für das Gratis-Kindergartenjahr bis 2014, sondern auch für das versprochene Pendlerpaket, das schon ab 1. Jänner in Kraft ist – und die PendlerInnen um 200 bis 380 Euro entlastet. Bereits umgesetzt wurden auch das 677 Millionen Euro schwere Investitionspaket für Salzburg und der Schlechte-Zeiten-Schutz. Für die Gesundheitsvorsorge wird es jedes Jahr eine Million Euro zusätzlich geben, während mit dem erhöhten Kinder-Sozialhilferichtsatz die Kinderarmut effizient bekämpft wird. Und auch für die große Bildungs-offensive wurden bereits wesentliche Beschlüsse gefasst, z.B. das Schulbauprogramm für die Pflichtschulen.

Traumumfragewerte für Gabi Burgstaller

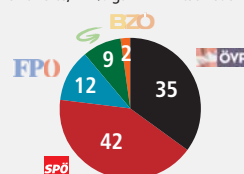
Angesichts dieser guten Arbeitsbilanz

schlägt Gabi Burgstaller große Sympathie entgegen: So kann sich die Landeshauptfrau laut einer aktuellen IGF-Umfrage über Traumwerte freuen – erreicht sie doch bei der Direktwahlfrage eine Zustimmung von 55 Prozent. Bei der Sonntagsfrage liegt die Salzburger SPÖ gegenwärtig bei 42 Prozent, die ÖVP mit Obmann Wilfried Hauslauer kommt nur auf 35 Prozent. Für SPÖ-Landesgeschäftsführer Uwe Höfferer sind diese erfreulichen Zahlen „eine Bestätigung der guten Arbeit der Salzburger SPÖ“. ♦

Sonntagsfrage LTW

„Welcher Partei werden Sie bei den Landtagswahlen Ihre Stimme geben?“

Basis: 400 Befragte, 8./9. Jänner 2009 - 86 % Deklarierter, 42 % ganz fix Entschieden



Quelle: meiningungsforschungsinstitut IGF | Grafik: SPÖ

Essay

Wie zerstört man eine Demokratie

Die sozialkritische Autorin Naomi Wolf zeigt in Zeiten von Bürgerüberwachung politische Fehlentwicklungen auf.

Faschismus, so Naomi Wolf, hat nicht immer ein spektakuläres, offen grausames Gesicht. In seiner Anfangsphase offenbart er sich selten durch Massenerschießungen oder die rauchenden Schlote von Vernichtungslagern.

Manchmal ist er zunächst nur daran zu erkennen, dass wir beginnen, unsere Worte abzuwägen. Die Autorin zeigt Entwicklungen auf, die in ihrer Dramatik den wenigsten bewusst sind. Der amerikanische Präsident kann heute veranlassen, dass

Menschen, die als feindliche Kombattanten eingestuft werden, ohne Urteil, ohne Anwalt und demokratische Kontrolle für Monate in geheimen Gefängnissen verschwinden.

Naomi Wolf benennt zehn Schritte, die eine Demokratie zu Fall bringen. Sie sind historisch vielfach erprobt, und es sind immer die gleichen. Das historische Gedächtnis einer Tochter von Holocaust-Überlebenden macht dieses Buch zu einer hochinteressanten Lektüre. ♦

Autobiographie

Barack Obama: Hoffnungen wagen

Mit dem sensationellen Erfolg dieses Buches ging Obamas kometenhafter Aufstieg in der US-Politik einher.

Barack Obama präsentiert sich als Mann der Integration, als Liberaler im positiven Sinn mit klaren Positionen zu Marktradikalen, Frauenrechten, zur Neuordnung des Gesundheits- und Sozialsystems. Er besitzt ein ausgewogenes Denken und die Fähigkeit, Menschen unterschiedlicher Positionen zusammenzuführen – in jenem Respekt vor der Freiheit des Andersdenkenden, der die Vereinigten Staaten einmal groß gemacht hat.

„Barack Obama hat ein facettenreiches Bild Amerikas gezeichnet, das durch die Darstellung seiner Erlebnisse als Familienmensch in der Rolle des politischen Hoffnungsträgers sehr lesbar grundiert wird. Vor allem aber spricht aus seinen Zeilen eine Haltung, die in der amerikanischen Politik der jüngsten Vergangenheit verloren gegangen zu sein scheint: Toleranz“, schreibt die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ über das Werk Obamas. ♦

Roman

Der Zorn der Wölfe

Rong erzählt über das Epos der Natur, dessen Drama eigentlich ein politisches ist.

Der chinesische Student Chen Zhen reist während der Kulturrevolution der 60er-Jahre von Peking in die Innere Mongolei, um dort das Leben der nomadisierenden Viehzüchter kennenzulernen. Sofort ist er völlig in den Bann gezogen von dieser ihm gänzlich unbekannten Welt. An der Seite Bilgees, seines alten mongolischen Lehrers, trotz er Schneestürmen und sengender Hitze und erhält Einblick in die alten Mythen und Traditionen des mongolischen Volkes. Vor allem aber

macht Zhen die Bekanntschaft mit den Wölfen, deren Klugheit und Mut die Mongolen von jeher fasziniert haben – und bald verbindet ihn eine tiefe Liebe zu einem Wolfsjungen, das er aufzieht. Doch dann kündigt sich Unheil an, denn als die Chinesen das wirtschaftliche Potenzial der mongolischen Steppe wittern, drohen Profitgier und blinder Fortschrittsglaube das Jahrhundertwährende Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur zu zerstören. ♦

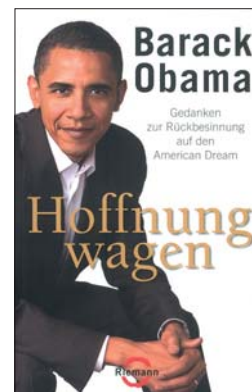
☐ Stk.


Naomi Wolf:

Wie zerstört man eine Demokratie.

Das 10-Punkte-Programm.

Riemann Verlag, München
2008; 282 Seiten, 16,50 €

☐ Stk.


Barack Obama:

Hoffnungen wagen.

Riemann Verlag,
München 2007;
465 Seiten, 15,40 €

☐ Stk.


Jiang Rong:

Der Zorn der Wölfe.

Goldmann Verlag,
München 2008;
704 Seiten, 25,70 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



ARBEITSTREFFEN

SPÖ-Winterklau

Beschäftigung und soziale Sicherheit – das waren die Arbeitsschwerpunkte bei der zweitägigen Präsidiumsklausur der SPÖ in der Stadt Salzburg.



Bei ihrer Arbeitsklausur in der Stadt Salzburg hat die SPÖ klare Antworten auf die schwache Wirtschaftsentwicklung definiert.



sur in Salzburg

Die Wirtschaftskrise hat auch in der Realwirtschaft deutliche Spuren hinterlassen. Das Wifo rechnet mit einem Rückgang der Wirtschaft um 0,5 Prozent, während Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny sogar vor einem Minus von einem Prozent warnt. Die traurige Folge: Allein im heurigen Jahr werden im Schnitt 45.000 zusätzliche Arbeitslose erwartet. Für die SPÖ ist es da-

her ein Gebot der Stunde, jetzt klare Antworten auf die schwache Wirtschaftsentwicklung zu geben. Und genau das geschah letztes Wochenende bei der Präsidiumsklausur, bei der Bundeskanzler Werner Faymann klarstellte: „Unser Gegner ist die Arbeitslosigkeit“.

Präsentiert wurden bei der Präsidiumsklausur jene Maßnahmen, mit denen die SPÖ-geführten Ressorts und die sozialde-

mokratisch regierten Länder Arbeitsplätze schaffen und die Konjunktur beleben. Ergänzt wurde das durch eine hochkarätige Diskussion mit Wirtschaftsexperten: Ewald Nowotny, Wifo-Expertin Margit Schratzenstaller und AK-Direktor Werner Muhm referierten am ersten Tag der SPÖ-Präsidiumsklausur zu den wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen für Österreich. ♦



Fotos: Lehmann



Nur gemeinsam und auf allen Ebenen kann der Hauptgegner Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden – darin waren sich SPÖ-Präsidium und auch Wirtschaftsexperten einig.





Autor

Wir sind Präsident!

Am 20. Jänner wird Barack Obama als Präsident der USA angelobt. Damit verbunden sind viele Hoffungen und der Beginn einer neuen Ära.



Reuters

Der wichtigste Tag in seinem Leben: Als frisch gewählter Präsident tritt Barack Obama in der Nacht zum 5. November 2008 vor zehntausende Anhänger der demokratischen Partei.

Der 20. Jänner 2009 steht für das Ende einer Ära. An diesem Tag endet die Amtszeit von George W. Bush. Acht Jahre war der Republikaner Präsident der USA. Was von ihm bleibt, sind außen- und sicherheitspolitisch fragwürdige Methoden (Irak-Krieg; Akzeptanz von Folter) und innenpolitisch Ratlosigkeit gegenüber der dräuenden größten Wirtschafts- und Vertrauenskrise seit Jahrzehnten. Diese Bilanz mag zum Teil unfair sein. Aber: Bush handelte immer nach dem Motto Lee Atwaters, in den achtziger Jahren Chefberater von George Bush Senior. Atwater, ein Meister des Negativwahlkampfes, meinte: „Menschen wählen nicht ihre Hoffnungen, sie wählen ihre Ängste.“

So kann man sich irren. Denn der 20. Jänner 2009 steht auch für den Beginn ei-

ner neuen Ära. Wenn mit Barack Obama an diesem Tag der erste Afroamerikaner als 44. US-Präsident angelobt wird, erfüllt sich eine Vision, die noch vor wenigen Jahren so wahrscheinlich war wie ein baldiger Fußball-WM-Titel für Österreich. Obamas Wahlkampf lebte von der Hoffnung. Für den Start in seine Präsidentschaft gilt dasselbe.

Obama holte Millionen frustrierter Wähler zurück in den politischen Prozess. Das war eine demokratiepolitische Großtat. Doch hat er auch die richtigen Rezepte gegen die Wirtschaftskrise? Die Antwort darauf weiß wohl nicht einmal er selbst. Klar ist: Alle, die erwarten, dass Obama am ersten Tag im Amt das Gefangenenlager Guantanamo schließt, den Irak-Krieg beendet, die Todesstrafe abschafft und den Klimawandel umkehrt, werden ernüchtert sein. Aber Obama, der aktuell

Wenn mit Barack Obama der erste Afroamerikaner als 44. US-Präsident angelobt wird, erfüllt sich eine Vision, die noch vor wenigen Jahren so wahrscheinlich war wie ein baldiger Fußball-WM-Titel für Österreich.

größte Erzähler und Motivator der Weltpolitik, bietet zumindest die Chance für einen psychologischen Felgaufschwung. Viele Amerikaner werden das „Yes, we can“-Gefühl wiederbeleben und glauben, selbst ins Weiße Haus eingezogen zu sein. Die „Bild“-Zeitung würde wohl titeln: „Wir sind Präsident!“ Bei wem noch immer Skepsis dominiert, der soll sich das Szenario ausmalen, wie der 20. Jänner mit einem neuen Präsidenten John McCain ausgesehen hätte. ♦

Thomas Hofer, 35, ist Politikberater und Agenturchef von „H&P Public Affairs“ (www.hppa.at) in Wien. Er ist mehrfacher Buchautor und veröffentlichte jüngst neben seinem Buch über den Wahlerfolg Obamas auch ein Werk zu den österreichischen Nationalratswahlen 2008 („Wahl 2008. Strategien, Sieger, Sensationen. Hrsg. gem. m. Barbara Tóth“).



Buchtipps:

Norbert Rief, Thomas Hofer:

Obama. Der schwarze Visionär – Zeitenwende für die Weltpolitik?

Wien, Molden, 2008. 24,90 €

TERMINKALENDER

Dienstag, 20. Jänner

Der Fall Israel/Palästina“

Das Bruno Kreisky Forum für Internationalen Dialog lädt zu einer Veranstaltung im Rahmen der Lektürenserie „Diaspora. Exploring a life model“ mit Bashir Bashir. Er ist Forschungsmitglied des „Gilo Centre for Citizenship, Democracy and Civic Education“ an der Hebräischen Universität in Jerusalem und dem „The Van Leer Jerusalem“-Institut. Weiters ist Bashir Bashir Mitglied des Jugendfriedensforums für den Mittleren Osten. Moderation: Isolde Charim.

Anmeldung unter:

Tel.: 01/31 88 260-20 oder E-mail:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

Armbrustergasse 15,
1190 Wien

Donnerstag, 22. Jänner

SN-Wahltour Salzburg

Diskussionsabend veranstaltet von den „Salzburger Nachrichten“ mit den SpitzenkandidatInnen der im Landtag vertretenen Parteien. Mit dabei: Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ), LH-Stv. Wilfried Haslauer (ÖVP), LAbg. Cyriak Schwaighofer (Die Grünen) und LAbg. Karl Schnell (FPÖ).

Beginn: 19 Uhr

Kongresszentrum

Brucker Bundesstraße 1a
5700 Zell am See

Freitag, 23. Jänner

„Russlands Rolle in einer multipolaren Welt“

Das Renner-Institut lädt zu einem Vortrag des russischen Politologen Petr A. Fedosov vom Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen. Im Anschluss daran kommentieren Eduard Steiner, Moskau-Korrespondent der Tageszeitung „Die Presse“, Ger-

hard Mangott, Ao. Prof. am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck und Hannes Swoboda, EU-Abgeordneter und stv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament den Vortrag von Fedosov. Anmeldung unter: walla@renner-institut.at
Beginn: 13 Uhr
Renner-Institut
Bruno-Kreisky-Saal
Hoffingergasse 26, 1120 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chef v. Dienst: Mag. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz

Peter Slawik, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann

Coverfoto: Fotolia

Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at

Eduard Hegenbart GesmbH steht für hochqualitative Sonderanfertigungen in Edelstahl und Kupfer

Eduard Hegenbart GesmbH
Beckmannngasse 36, 1150 Wien
T: 01/9824571-0 Fax: 01/98245715
Email: Office@hegenbart.info

BESTELLEN SIE JETZT IHR JAHRESABO



nur
21€

Aktuelle Informationen Hintergrundberichte Analysen

Bestellen Sie Ihr Abo per Telefon unter 0810-810-211
über Internet: www.spoe.at oder
schreiben Sie uns: SPÖ Aktuell, Löwelstr. 18, 1014 Wien